

## INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	XVI
EINFÜHRUNG	
I. Problemstellung und Gang der Untersuchung	1
II. Begriffsabgrenzungen	11
1. Verbundene Kapitalgesellschaften	11
2. Leistungsbeziehungen	15
III. Arten der Verlagerung von Vermögenswerten	20
ERSTES KAPITEL	
GRUNDLEGENDE PRINZIPIEN DES KÖRPERSCHAFTSTEUERRECHTS	
A. Vorbemerkung	34
B. Allgemeine Grundlagen der Ableitung von Rechtsprinzipien	37
I. Der Systemgedanke im Recht	37
II. Methodische Implikationen einer systematischen Analyse	41
C. Ableitung körperschaftsteuerrechtlicher Prinzipien zur Abgrenzung der subjektiven Steuerpflicht und zur Einkommensermittlung	50
I. Das Prinzip der körperschaftlichen Organisation (Trennungsprinzip)	51
II. Das Prinzip der Maßgeblichkeit der Gewinnermittlungsvorschriften des Einkommensteuergesetzes	57
1. Die inhaltliche Anknüpfung der körperschaftsteuerlichen Einkommensermittlung an das Einkommensteuergesetz	57
2. Konkretisierung des Einkommensbegriffes durch die Gewinnermittlungsvorschriften	68

	Seite
III. Das Prinzip der Unabhängigkeit der Einkommensermittlung von der Einkommensverteilung	74
1. Ableitung des Prinzips aus den besonderen Einkommensermittlungsvorschriften des Körperschaftsteuerrechts	74
2. Systematische Bedeutung der Körperschaftsteuerlichen Organschaft	82

## ZWEITES KAPITEL

### INHALTLICHE KONKRETISIERUNG DES KÖRPERSCHAFTSTEUERLICHEN AUTONOMIEPRINZIPI ALS GESETZLICHER MASSTAB FÜR DIE ERFASSUNG VON LEISTUNGSBEZIEHUNGEN IN ABHÄNGIGKEITSVERHÄLTNISSEN

A. Einführender Überblick	90
B. Die Abgrenzung des subjektiven (räumlichen) Geltungsbereiches des Körperschaftsteuerlichen Autonomieprinzips	93
I. Das Fehlen konstitutiver und struktureller Abhängigkeitsmerkmale bei der Bestimmung der subjektiven Körperschaftsteuerpflicht	93
II. Die gesellschafts- und wettbewerbsrechtliche Zulässigkeit von Abhängigkeitsverhältnissen	96
1. Die Berücksichtigung von Abhängigkeitsverhältnissen im Gesellschaftsrecht	96
2. Die Zulässigkeit von Abhängigkeitsverhältnissen nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	99
III. Beurteilung der gesetzlichen Regelungen zur Abgrenzung der subjektiven Körperschaftsteuerpflicht	107

	Seite
C. Die Bedeutung des Prinzips der Maßgeblichkeit der einkommensteuerlichen Gewinnermittlung für die Verwirklichung des körperschaftsteuerlichen Autonomieprinzips	110
I. Die Erfassung von Leistungsbeziehungen in der Steuerbilanz	112
1. Vorbemerkung	112
2. Die Abgrenzung vermögenswirksamer Leistungsbeziehungen	115
a) Der Umfang des Steuerbilanzvermögens	116
b) Die subjektive (räumliche) Zurechnung des Steuerbilanzvermögens	124
c) Die Vermögenswirksamkeit von Leistungsbeziehungen dem Grunde nach	127
ca) Der Vermögensaustausch durch Leistungsbeziehungen	132
cb) Einseitige Vermögenmehrungen durch Leistungsbeziehungen	133
cc) Einseitige Vermögenminderungen durch Leistungsbeziehungen	136
cd) Vermögensunwirksame Leistungsbeziehungen	137
ce) Gleichzeitige Änderungen des Aktiv- und Passivvermögens	138
3. Die erfolgsmäßige Erfassung von Leistungsbeziehungen bei der Ermittlung des Steuerbilanzgewinnes nach § 5 EStG	140
a) Der Zeitpunkt der Erfolgswirksamkeit von Leistungsbeziehungen	142
aa) Das grundlegende Abgrenzungskriterium	142
ab) Die Periodisierung von Erfolgsbeiträgen bei schwebenden Geschäften	145
b) Die wertmäßige Erfassung von Erfolgsbeiträgen	148

	Seite
ba) Erfolgsrealisation bei unmittelbar vermögenswirksamen Leistungen und Gegenleistungen	152
bb) Erfolgsrealisation bei einseitigen Vermögensmehrungen	153
bc) Erfolgsrealisation bei einseitigen Vermögensminderungen	156
bd) Erfolgsmäßige Konsequenzen durch vermögensunwirksame Leistungsbeziehungen	162
(1) Erfolgsmäßige Konsequenzen bei dem Grunde nach vermögensunwirksamen Leistungsbeziehungen	163
(2) Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	167
II. Die Erfassung von Vermögensverlagerungen durch die einkommensteuerlichen Ergebnisermittlungsvorschriften	172
1. "Vermögensverlagerungen" durch gesellschaftsrechtlich nicht beeinflusste Leistungsbeziehungen	172
a) Der gesellschaftsrechtliche Unternehmenszweck als maßgebendes Abgrenzungskriterium	172
b) Die einkommensteuerliche Nichtanerkennung gesellschaftsrechtlich zulässiger Vermögensverwendungen	182
2. Die Erfassung des Leistungsverkehrs in Abhängigkeitsverhältnissen	185
a) Die besondere Interessenstruktur in Abhängigkeitsverhältnissen	185
b) Die Anwendung einkommensteuerlicher Vorschriften zur Erfassung unentgeltlicher Zuwendungen	189
c) Keine Fiktion unternehmerischen Erfolgstrebens durch die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	196

	Seite
d) Die Bedeutung handels- und steuerrechtlicher Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften als inhaltliche Konkretisierung der allgemeinen Rechnungslegungsprinzipien	198
3. Konsequenzen für die inhaltliche Konkretisierung des körperschaftsteuerlichen Autonomieprinzips	204
III. Gesellschaftsrechtliche Grenzen für die Gestaltung von Leistungsbeziehungen in Abhängigkeitsverhältnissen	210
1. Grenzen für Vermögensverlagerungen nach den Vorschriften des Aktiengesetzes	210
a) Der Grundsatz der Erhaltung des Grundkapitals und seine Modifikationen	210
b) Die Bedeutung des aktienrechtlichen Nachteilsausgleiches für Vermögensverlagerungen bzw. -beeinträchtigungen in Abhängigkeitsverhältnissen	226
ba) Die Erfassung nachteiliger Leistungsbeziehungen	226
bb) Probleme der Nachteilsfeststellung	233
(1) Allgemeines	233
(2) Die Fiktion der Unabhängigkeit bei der Nachteilsfeststellung	237
(3) Die gesetzliche Fiktion eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters	243
bc) Probleme bei der Abgrenzung ausgleichspflichtiger Nachteile	247
bd) Vermögens- und erfolgsmäßige Wirkungen des aktienrechtlichen Nachteilsausgleiches	250
2. Grenzen für Vermögensverlagerungen bei der GmbH	261
a) Der Grundsatz der Erhaltung des Stammkapitals	261

	Seite
b) Die Berücksichtigung von Vermögensverla- gerungen bei der Reform des GmbH-Rechts	265
3. Zusammenfassung	267
D. Die inhaltliche Konkretisierung des körperschaft- steuerlichen Autonomieprinzips auf der Grundlage des Prinzips der Unabhängigkeit der Einkommenser- mittlung von der Einkommensverteilung	271
I. Methodische Vorüberlegungen	271
II. Die gesetzlich geforderte Abgrenzung der Ein- kommensermittlung von der Einkommensverteilung	279
1. Die besonderen körperschaftsteuerlichen Er- mittlungsvorschriften als Normen eines für die Einkommensermittlung maßgebenden unter- nehmerischen Verhaltens	279
2. Die rechtssystematische Bedeutung der ver- deckten Einlage	301
a) Entwicklung und gegenwärtiger Stand der Rechtsprechung zur verdeckten Einlage	303
b) Anwendungsbereich und grundlegende Kon- sequenzen verdeckter Einlagen bei der körperschaftsteuerlichen Einkommenser- mittlung	306
ba) Die körperschaftsteuerliche Erfas- sung verdeckter Einlagen bei der vor- teilsempfangenden Gesellschaft	306
bb) Die körperschaftsteuerliche Erfassung beim zuwendenden Gesellschafter	313
c) Verdeckte Zuwendungen einer Gesellschaf- ter-Kapitalgesellschaft als Verstoß gegen das Prinzip der Unabhängigkeit der Ein- kommensermittlung von der Einkommensver- teilung	324
d) Die Anerkennung einer Einlage bei der begünstigten Kapitalgesellschaft	330

	Seite
3. Folgerungen für den Maßstab zur Vorteils- ermittlung	338
a) Die Eliminierung der gesellschaftsrecht- lichen Komponente gesellschaftlicher Leistungsbeziehungen	340
b) Übereinstimmung mit gesellschafts- und wettbewerbsrechtlichen Zielen	348
III. Inhaltliche Konkretisierung der Körperschaft- steuerlichen Anforderungen für die Erfassung gesellschaftlicher Leistungsbeziehungen	355
1. Inhaltliche Konkretisierung der strukturel- len Komponente	356
a) Der gegenwärtige Stand der Diskussion	356
aa) Unmittelbare Beteiligungsverhältnisse und nahestehende Personen	357
ab) Schwestergesellschaften	366
ac) Beteiligungsketten	375
b) Strukturelle Abgrenzung nach dem Merkmal der Interessenidentität	383
2. Inhaltliche Konkretisierung der sachlichen und zeitlichen Komponente	391
a) Die Abgrenzung verlagerungswirksamer Leistungsbeziehungen	391
b) Der für die Vorteilsermittlung maßgeb- liche Zeitpunkt	399
c) Probleme des Vorteilsausgleiches	406
ca) Der Vorteilsausgleich im Rahmen der besonderen Körperschaftsteuerlichen Einkommensermittlungsvorschriften	406
cb) Die Bedeutung gesetzlicher Rückge- währsverpflichtungen	413
(1) Die Behandlung beim Ausgleichs- berechtigten	413
(2) Die Behandlung beim Ausgleichs- verpflichteten	420
cc) Die Bedeutung des Vorteilsausglei- ches nach § 1 AStG	425

	Seite
3. Probleme der wertmäßigen Konkretisierung	437
a) Methodische Grundlagen gegenwärtig praktizierter bzw. vorgeschlagener Wertermittlungsverfahren	438
aa) Wertermittlungsverfahren der Rechtsprechung	438
ab) Wertermittlungsmethoden in der Literatur	451
ac) Zusammenfassende Beurteilung	462
b) Wertermittlung auf der Grundlage individueller Entscheidungswerte	468
IV. Folgerungen für das Körperschaftsteuerliche Autonomieprinzip	479

### DRITTES KAPITEL

#### KONSEQUENZEN DER KÖRPERSCHAFTSTEUERLICHEN ERFASSUNG GESELLSCHAFTLICHER LEISTUNGSBEZIEHUNGEN FÜR DIE ERMITTLUNG DER BEMESSUNGSGRUNDLAGEN BEI DEN BETEILIGTEN LEISTUNGSPARTNERN

A. Die Bedeutung der Fiktionstheorie	489
B. Die Bedeutung der Aufteilungstheorie	497
C. Die buchmäßige Behandlung bei der zuwendenden Gesellschaft und beim Zuwendungsempfänger	504
I. Leistungen zu überhöhten Entgelten	505
1. Bei der zuwendenden Gesellschaft	505
2. Bei der vorteilsempfangenden Gesellschaft	506
II. Leistungen zu unangemessen niedrigen Entgelten	508
1. Bei der zuwendenden Gesellschaft	508
2. Bei der vorteilsempfangenden Gesellschaft	509
III. Besonderheiten in Organkreisen	514
D. Ergebnis	526

	Seite
SCHLUSSBETRACHTUNG	
I. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	536
II. Abschließende Beurteilung des Körperschaftsteuerreformgesetzes	543
Anhang	546
Literaturverzeichnis	550
Verzeichnis der Rechtsquellen	571